



WINTERWANDERN
Eindrucksvolle
Sicht auf
den Alpstein
Heute mit Wanderkarte



TÜRKEI
Kritik an Erdogan
kann gefährlich
werden
Seite 6



MOTORSPORT
Es fährt wieder
ein Schumacher
in der Formel 1
Sport

KONSTANZ

DONNERSTAG, 3. DEZEMBER 2020
NR. 281 | 76. JAHR | K
PREIS 2,20 EURO
www.suedkurier.de

SÜDKURIER

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG

KONSTANZ

48 Corona-Fälle in Seniorenheim

Im Margarete-Blarer-Seniorenzentrum in Konstanz wurden 33 der 81 Bewohner positiv auf Corona getestet, ferner sind 15 Mitarbeiter infiziert. Eine Bewohnerin ist mit dem Infekt gestorben, eine weitere muss im Krankenhaus behandelt werden. Zwei Bewohner sind schwer erkrankt, bedürfen aber keiner klinischen Betreuung. Laut Einrichtungsleitung verläuft die Infektion bei den anderen Betroffenen bislang mit leichten oder ohne Symptome. (tol)

SINGEN

Viel Lob für Bürgermeisterin

Ute Seifrieds Interesse am Amt der Sozial- und Kulturbeauftragten in Konstanz stößt in Singen auf Unverständnis – und dies vor allem, weil ihre Arbeit in Singen geschätzt wird. Eltern, Schulleiter, Stadträte und ihr Chef stellen der Bürgermeisterin ein hervorragendes Zwischenzeugnis aus, wie eine Umfrage des SÜDKURIER ergab. Der Wechsel nach Konstanz wäre ein Verlust für Singen, so die einstimmige Meinung der Bürger, die mit ihr zu tun haben. (bie)

MÜHLINGEN

Neuer Bürgermeister vereidigt

Thorsten Scigliano, der neue Bürgermeister von Mühlingen, wurde von Gemeinderat Reinhold Stropfel im Rahmen einer Ratsitzung vereidigt und verpflichtet. Anwesend war auch Sciglianos Vorgänger Manfred Jüppner. Der Volkertshausener Bürgermeister Marcus Röwer hielt als Vertreter des Bürgermeisterversandes eine Rede. Thorsten Scigliano wurde am 4. Oktober im zweiten Wahlgang gewählt, seine Amtszeit beginnt am 1. Dezember. (lam)

MOOS

Eintrittspreise für Strandbäder steigen

Weil die Gemeinde Moos durch die Corona-Pandemie finanziell unter Druck steht, hat der Gemeinderat eine Preiserhöhung im Bereich Tourismus beschlossen. So soll der Eintritt in die beiden Strandbäder in Moos und Iznang um 50 Cent auf dann drei Euro angehoben werden. Auch die Kurtaxe in der Haupt- und Nebensaison sowie die Zweitwohnungssteuer sollen angehoben werden. Diese wird 1,50 Euro pro Quadratmeter teurer. (ans)

BODENSEE-WETTER



www.suedkurier.de/wetter Seite 10
Bilder: SK, dpa, AFP

Preise: 2,20 Euro | 3,00 sFr.
4 2 0 4 9



Das Auto bleibt unverzichtbar

Die Mehrheit der Menschen im Land setzt auf das Auto.
BILD: AMBROZIO-STOCK.ADOBE.COM

BaWü-Check, Teil 2: Für die meisten Baden-Württemberger ist das Auto ohne Alternative. Das ergibt eine Umfrage der Tageszeitungen im Land

Konstanz/Stuttgart (sk) Seit bald zehn Jahren regieren die Grünen in verschiedenen Koalitionen in Baden-Württemberg. Oberster Lenker der Verkehrspolitik ist seit 2011 mit Winfried Hermann ebenfalls ein Grüner. Doch eine echte Verkehrswende ist im Land nicht in Sicht. Diese Erkenntnis gehört zu den

Ergebnissen des zweiten BaWü-Checks, einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen, ausgeführt vom Allensbacher Institut für Demoskopie (IfD).

Verkehrspolitik und Mobilität werden zwar zunehmend unter Klimaschutzaspekten diskutiert. Doch das Mobilitätsverhalten der Menschen im Land hat sich nur bedingt verändert. Nach wie vor ist das Auto für die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung das mit Abstand wichtigste Fortbewegungsmittel. Gut drei Viertel der Baden-Württemberger nutzen ihr Auto täglich oder zumindest mehrmals wöchentlich. Für die allermeisten von ihnen ist der eigene Pkw

unverzichtbar und ein Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr keine echte Alternative. 68 Prozent derer, die täglich oder mehrmals in der Woche mit dem Auto unterwegs sind, schließen einen Umstieg auf den ÖPNV für sich aus, lediglich 20 Prozent sehen darin eine ernsthafte Alternative.

Würden Sie in Zukunft aufs Auto verzichten?
www.sk.de/umfrage

Kommentar: Warten auf die Verkehrswende
Einblick: So sieht die Bilanz von Verkehrsminister Hermann aus

Thema des Tages: Das sind die größten Baustellen der Verkehrspolitik

Der BaWü-Check

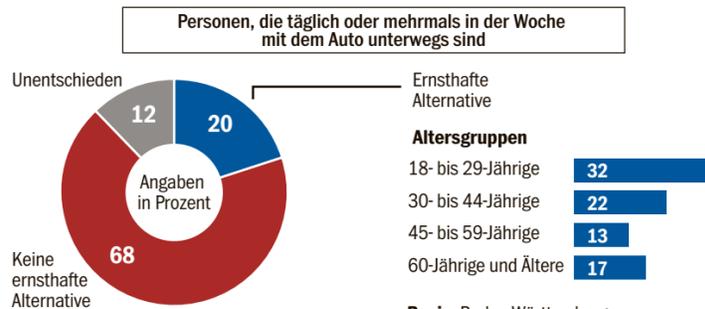


Die Tageszeitungen in Baden-Württemberg wollen es genau wissen: Was denken die Bürger über die Arbeit der Landesregierung? Zusammen mit dem Institut für

Demoskopie Allensbach werden einmal im Monat 1000 Menschen befragt. Die Ergebnisse werden in 78 Zeitungstiteln des Landes mit täglich fast 5 Millionen Lesern veröffentlicht. (sk)

Keine Alternative zum Auto

Frage: „Wäre es für Sie im Alltag eine ernsthafte Alternative, weniger mit dem Auto und dafür mehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren, oder ist der öffentliche Nahverkehr für Sie im Alltag keine ernsthafte Alternative zum Auto?“



QUELLE: ALLENSBACHER ARCHIV, IFD-UMFRAGE 6161/II / GRAFIK: IFD ALLENSBACH, SK

Noch keine Entwarnung

Der Teil-Lockdown mit geschlossenen Restaurants, Museen, Theatern und Freizeiteinrichtungen wird bis zum 10. Januar verlängert

Berlin (dpa) Angesichts anhaltend hoher Corona-Zahlen bleibt der Teil-Lockdown bis zum 10. Januar bestehen. Das haben Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Ministerpräsidenten der Länder beschlossen, wie die CDU-Politikerin am Mittwochabend mitteilte. „Im Grundsatz bleibt der Zustand, wie er jetzt ist“, sagte Merkel. Bayerns Regierungschef Markus Söder (CSU) erklärte, die Corona-Lage sei „mitnichten“ entspannt. Es sei richtig, den Teil-Lockdown bis zum 10. Januar zu verlängern.

Merkel betonte, Deutschland sei in der Corona-Pandemie noch „sehr weit entfernt“ von Zielwerten. Man habe eine sehr hohe Zahl von Todesopfern zu beklagen. Dies zeige, welche Verantwortung Bund und Länder hätten. Erreicht werden solle ein Wert von 50 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner innerhalb von sieben Tagen, sagte Merkel.

Die Gesundheitsämter haben dem Robert-Koch-Institut (RKI) binnen 24 Stunden 487 Todesfälle im Zusammenhang mit dem Coronavirus gemeldet, wie das RKI am Mittwoch mitgeteilt hatte. Das ist der höchste Tageswert seit Beginn der Pandemie. Der seit November geltende Teil-Lockdown war in der vergangenen Woche bis kurz vor Weihnachten verlängert worden.

Österreich schärft bei Corona nach

Wien (AFP) Österreich hat eine Verlängerung des Corona-Lockdowns bis Anfang Januar beschlossen und zugleich einige Lockerungen verkündet. Die Geschäfte dürfen von Montag an wieder öffnen und die Kontaktbeschränkungen sowie die Ausgangssperre werden gelockert, wie die Regierung in Wien mitteilte. Auch die Skigebiete dürfen ab dem 24. Dezember öffnen, allerdings bleiben Hotels und Gastronomiebetriebe bis einschließlich 6. Januar geschlossen, wie Kanzler Sebastian Kurz betonte. Zudem werden die Einreisebeschränkungen verschärft.

Seite 5: Das planen die Nachbarn in Österreich für die nächsten Wochen

KOMMENTAR

Warten auf die Verkehrswende

VON STEFAN LUTZ

Der Deutschen liebstes Kind ist das Auto, wer kennt diesen flotten Spruch nicht. Zwar ist das Auto in der Zwischenzeit mit dem Image des umweltzerstörenden Schmutzkindes etikettiert – dennoch bleibt es ungebrochen beliebt und ist für die Bürger Baden-Württembergs das meistgenutzte Verkehrsmittel. Nicht nur, weil es bequem ist und individuellen Komfort bedeutet, sondern vor allem, weil es in den meisten Regionen des Landes ohne echte Alternative ist, um zügig von A nach B zu gelangen.

Das ist das Ergebnis einer Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg und damit Teil einer Wahrheit, die dann sichtbar wird, wenn politische Ideale auf die harte Realität treffen. Seit fast zehn Jahren rackert sich der grüne Verkehrsminister Winfried Hermann daran ab, die Mobilität der Menschen weg von der Straße und hin zu Bahn und Rad zu lenken. So richtig weitergekommen ist er damit im Ergebnis nicht.

Zwar nimmt die Zahl der Radfahrer zu und die Fahrgastzahl in Zügen steigt – die Zahl der Kfz-Zulassungen aber eben auch. Mobilität ist eine höchst individuelle Herausforderung im Alltag und jeder wählt für sich die beste und zeitsparendste Art der Fortbewegung.

Modelle wie Car-Sharing oder Sammeltaxis mögen in Ballungszentren funktionieren, auf dem flachen Land aber sind sie ohne Fördergelder nicht gewinnbringend zu betreiben und damit Hirngespinnste. Die ländliche Bevölkerung Baden-Württembergs hält die schlechte Verkehrsanbindung ihrer Region jedenfalls für das größte verkehrspolitische Problem des Landes. Und Lösungen sind nicht in Sicht.

Winfried Hermann sagt, das Land befinde sich derzeit mitten in der Verkehrswende. Wenn überhaupt, dann wohl eher am Beginn einer Wende. Das Auto wird jedenfalls auf lange Sicht noch das Fortbewegungsmittel Nummer eins der Bürger bleiben. Wer Politik nicht gegen sie machen und trotzdem die Umwelt entlasten will, muss also auf Antriebssysteme drängen, die die Ressourcen der Erde schonen – und darf nicht das Auto an sich verteufeln. Übrigens: Auf die Frage, ob sie sich vorstellen könnten, in den nächsten Jahren ein Elektroauto zu kaufen, sagen 48 Prozent der Baden-Württemberger „Nein“. Es bleibt also viel zu tun.

stefan.lutz@suedkurier.de

ANZEIGE

Heute in Ihrem
SÜDKURIER!



Gehört zu mir.
SÜDKURIER